



Zurück in die Zukunft? Die europapolitische Koordinierung der neuen Bundesregierung

EU-in-BRIEF | Ausgabe 02-2018

Von Bernd Hüttemann

Neuer Wein in alten Schläuchen. So könnte man die neue Europapolitik der Bundesregierung beschreiben. Aber immerhin haben sich die Koalitionäre mit einer starken europäischen Einleitung im Koalitionsvertrag selbst Mut gemacht. Sie wussten: Schon gleich nach der Teamaufstellung wird auf dem europäischen Platz gespielt. Doch wer die deutsche Europapolitik kennt, den überrascht es nicht, dass sich der französische Staatspräsident immer noch gedulden muss. Nicht weil der Wille, sondern die Mittel fehlen.

Koalitionäre preisen Europa, doch was ändert das?

Die ausgesprochen europäische Ausrichtung des Koalitionsvertrages wurde vielfach gelobt, bisweilen aber auch als pathetisch kritisiert. Richtig ist, dass der europapolitische Teil beeindruckend ist. Doch sollte das grundsätzliche „Staatsziel Europa“ (Schäuble) selbstverständlich sein.

Dem Vernehmen nach stammte der Europeil aus wenigen Federn. Europa wurde somit zur propagierten Chefsache mit wenig Diskussion in der Arbeitsgruppe und kaum Außenimpulsen. Losgelöst von diesem Kapitel fallen die vielen europäischen Details in den Fachpolitiken, quasi im Kleingedruckten, auf. Und so wird die oft

gescholtene „Regelungswut“ der EU-Kommission an vielen Stellen von den Koalitionären angeregt: von Fluggastrechten, über Leberdientransporte, Nährwertkennzeichnungen, Kinderrechten in der Werbung bis hin zur Batteriezellfertigung und der Bestandsreduktion des Wolfes. Noch entscheidender ist das Geld: Sicherung regionaler Banken, Aufrechterhaltung der bisherigen Kohäsionsmittel und Agrarsubventionen aus Brüssel. Kein Wunder, dass die neue Regierung für einen größeren EUHaushalt offen ist. Man mag Koalitionsverträge generell für überbewertet halten: Der aktuelle Vertrag kennt viel großes europäisches Karo, aber auch viel kleinteilige Interessenpolitik, die im Maschinenraum der europapolitischen Koordinierung zu verarbeiten ist – und die die „große“ Europapolitik entscheidend beeinflussen, wenn nicht ausbremsen kann.

Unreformierbare Europakoordinierung?

Wie genau die Entscheidungswege zwischen dem Kanzleramt, den Ministerien, der deutschen EU-Vertretung in Brüssel, den vielen Staatskanzleien und dem Berlaymont funktionieren, dürfte selbst gut ausgestattete Teams von investigativen Journalisten überfordern. Aber auch wissenschaftliche Forschungsarbeiten fehlen. Sie sind noch immer auf dem Stand der Zeit vor dem Vertrag von Lissabon 2009.

Die deutsche EU-Koordinierung ist schubweise und ohne „Masterplan“ entstanden. In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) waren zwei Stellen bestimmend: das Bundeskanzleramt und das Bundeswirtschaftsministerium (BMW). Das Auswärtige Amt (AA) wurde erst 1955 aus dem Kanzleramt heraus gegründet. Während sich das BMW in Folge der wirtschaftlichen Integration Westeuropas europäisierte und damit den Koordinierungsanspruch für damit zusammenhängende Fragen beanspruchte, zielte das stets international ausgerichtete AA auf die Koordinierung der weiterreichenden Integrationsziele der Europapolitik ab.

Mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ 1987 entstand eine Zweiteilung der Europakoordinierung beider Häuser: Themen, die im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV I) behandelt werden, unterliegen der Weisung des BMW, Themen des AStV II im Wesentlichen dem AA. AStV I behandelt „Binnenmarktthemen“ mit entsprechendem Übertragungseffekt, zum Beispiel Verbraucherschutz, Verkehr, Energie, Umwelt oder Bildung. AStV II behandelt Allgemeine und Auswärtige Angelegenheiten, aber auch Wirtschaft und Finanzen (inklusive Mehrjähriger Finanzrahmen), Justiz und Inneres. Beide Häuser doppelten sich durch thematische Spiegelreferate.

Geradezu klein blieb die Europaabteilung im Bundeskanzleramt. Besser ausgestattet ist das Bundesfinanzministerium (BMF), das Weisungsrecht für den ECOFIN-Rat und in die Eurogruppe hat. In der Bundesrepublik herrscht weiter das Ressortprinzip. Die Fachministerien sind offiziell die Stellen, die die inhaltlichen Fragen in der Europapolitik festlegen. Obwohl 2009 die Staats- und Regierungschefs im „Europäischen Rat“ prälegislative Kompetenz und mediale Präsenz erhielten, blieb bis heute alles beim Alten. 2013 wurde die Praxis sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

„Koordinierung“ schrumpft damit zur bloßen Konfliktvermeidung: Eskalationsstufen bilden Referate, Abteilungsleiter, der Staatssekretärsausschuss und ganz selten das Bundeskabinett. Kollateralschäden gehören zum System: Als etwa ein Bundesminister Ende 2017 in der Ratsabstimmung zur Glyphosat-Zulassung unangenehm und irreversibel handelte, wurde dies in den Medien lediglich als die Tat eines rücksichtslos scheidenden Politikers beschrieben. Dass ein nationales Koordinierungssystem diese Eigenmächtigkeit eines Ressortchefs in einer geschäftsführenden Bundesregierung überhaupt ermöglicht hat, wurde nicht thematisiert.

Die Idee der modernen Europapolitik

Zur Bundestagswahl forderte der Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland Rainer Wend eine Bundesministerin für europäische Aufgaben. Die Europakoordinierer aller Fachministerien sollten unter ihrer Führung in einer Koordinierungseinheit der Bundesregierung zusammengefasst werden. Als Bundesministerin hätte sich die Chefin der Koordinierungseinheit nach innen und außen

ganz auf die Europapolitik konzentrieren können. Augenhöhe gegenüber Regierungsvertretern anderer EU-Länder und EU-Kommissare wäre möglich gewesen. Die Ministerin hätte im Sinne der Bundesregierung und der Kanzlerin politische Kompromisse für ein starkes Europa im deutschen Interesse aushandeln können. Gestärkt hätte das auch den Dialog zwischen den Fachministerien, Vertretern der Mitgliedstaaten und den EU-Organen und die Einbindung parlamentarischer und gesellschaftlicher Kräfte. Am Ende hätte das mehr Transparenz in den Kanälen der europapolitischen Entscheidungsfindung und den Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes nach stärkerer Einbindung der Abgeordneten besser erfüllen können. Und anders als behauptet, bedeutet der Vorschlag keine Entmachtung der Diplomatie: Eine Symbiose von Fachpolitiken, die die Menschen betreffen, mit einer breit angelegten europäischen Diplomatie/Empathie wäre ein wirklicher Gewinn.

Zurück in die Zukunft

Doch es kam anders: Kurz wurde von den Jamaika-Sondierern eine „Verlässliche Koordinierung zu europapolitischen Fragen“ verhandelt. Auch die Große Koalition schien sich des Koordinierungsproblems bewusst zu sein und mahnte (wieder einmal) eine „Abstimmungsverantwortung“ an. Die „bewährte Zuständigkeitsverteilung“ blieb aber unverändert. Dass die SPD das europamächtige Bundesfinanzministerium besetzt hat, überschattet derweil eine andere parteipolitische Weichenstellung: Für das relativ kleine Kanzleramt ist bei seiner „inoffiziellen Europakoordinierung“ entscheidend, dass ihm ein starkes Bundesministerium als zuarbeitende Stelle den Rücken stärkt; dies ist nun das BMWi. An seiner Spitze steht mit Peter Altmaier ein ehemaliger Kanzleramtschef, der zudem äußerst EUerfahren und stark mit Brüssel und Paris vernetzt ist. Die bedeutende Rolle

des BMF in den vergangenen Jahren lag an der globalen Finanzkrise und an der parteipolitischen Nähe des europäisch geschulten Finanzministers zur Kanzlerin – de jure blieb dem BMWi stets die Koordinierung der wichtigen AstV I-Themen. Es hat eine entsprechend starke Europaabteilung, die nun die Verbindungen zum Kanzleramt stärken wird. Unter dem Radar wird das Kanzleramt so viele Dossiers auf die euroapolitische Agenda setzen können.

Der traditionelle Bruch zwischen der Europapolitik des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums wird mit viel gutem Willen des Führungspersonals überbrückbar sein. In Europawahlkampfzeiten freilich kein leichtes Unterfangen. Der in den kommenden Jahren auszuhandelnde „Mehrjährige Finanzrahmen“ der EU bietet wenig Konfliktpotenzial. Der Koalitionsvertrag ist hier eindeutig. Die Federführung liegt weiter beim Auswärtigen Amt, und frühere Konflikte mit dem BMF finden innerhalb derselben Parteienfarbe statt. Es bleibt die Frage, wie sich Deutschland zu den großen, vor allem von Frankreich angemahnten EU-Themen verhalten wird. Und hier wird wieder einmal deutlich, dass jenseits der Parteipolitik und der proeuropäischen Rhetorik die Bundesregierung keine große EU-Reform anstreben wird. Denn der Maschinenraum wird eine größere Dynamik deutscher Europapolitik weiterhin nicht zulassen. Es gibt weder das Personal, noch bleibt Zeit für eine ausgewogene deutsche Europastrategie mit entsprechender Interaktion zwischen Bundesregierung, Öffentlichkeit, Parlamentariern und Interessenvertretung. Leider. Denn positive deutsche Impulse für den verunsicherten Rest Europas fehlen.



Über den Autor

Bern Hüttemann (* 8. Dezember 1970 in Paderborn) ist Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. und Vizepräsident der Europäischen Bewegung International.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: <https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/zurueck-in-die-zukunft-die-europapolitische-koordinierung-der-neuen-bundesregierung-eu-in-brief-02-2018/>.

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschlands und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.